

Die Multipolarität wurde durch die US-Invasion in den Irak 2003 ausgelöst

***Zwanzig Jahre nach der rechtswidrigen und destabilisierenden US-geführten Invasion im Irak muss Washington die Konsequenzen aus diesem Krieg ziehen: Die UN-Sicherheitsratsmächte China und Russland legen den Grundstein für ein echtes, auf der UN-Charta basierendes System der Multipolarität.***

20. März 2023 | Karin Kneissl

In der Nacht vom 19. auf den 20. März 2003 begann die amerikanische Luftwaffe mit der Bombardierung der irakischen Hauptstadt Bagdad. Die EU und die NATO waren in der Frage, ob sie sich der Aggression anschließen sollten, tief gespalten: Während die neueren NATO-Mitglieder aus Mittel- und Osteuropa den Krieg befürworteten, lehnten die europäischen Schwergewichte Paris und Berlin ihn ab.

Der Irakkrieg markierte auch den Beginn der diplomatischen Koordinierung zwischen Moskau und Peking im UN-Sicherheitsrat (UNSC). Die beiden Länder begannen 2003, im Rat ein ähnliches Abstimmungsverhalten an den Tag zu legen, zunächst in Bezug auf den Irak, dann 2011 in Bezug auf Libyen und in mehreren wichtigen Abstimmungen über Syrien. Diese frühe russisch-chinesische UN-Koordination hat sich 20 Jahre später in eine entschlossene gemeinsame Politik zur „Bewahrung einer neuen Weltordnung auf der Grundlage des Völkerrechts“ verwandelt.

Betrachtet man den März 2003 aus dem Blickwinkel des März 2023, so hat der Einmarsch in den Irak geopolitische Folgen ausgelöst, die weit über die offensichtlichen hinausgehen, wie die Verbreitung des Terrorismus, den Machtverlust der USA und das regionale Chaos. Im Jahr 2003 war eine grundlegende, globale Verschiebung des Kräfteverhältnisses sicherlich die letzte Konsequenz, die sich die Kriegsplaner in Washington und London vorstellen konnten.

### **Die Zusammenhänge auflösen**

Die Zerstörung des Irak, die [Auflösung](#) der irakischen Armee durch den ersten „US-Konsul“ Paul Bremer im Mai 2003, die Abwanderung von Flüchtlingen in Nachbarstaaten wie Syrien und Jordanien sowie die exponentielle Zunahme von Extremismus und Terroranschlägen gehören zu den Folgen dieses fehlgeleiteten Krieges.

Die fadenscheinigen Gründe für den Krieg, wie [nicht vorhandene](#) Massenvernichtungswaffen und Bagdads angebliche Unterstützung von Terrorgruppen wie Al-Qaida, wurden in den folgenden Jahren umfassend entkräftet. Im Frühjahr 2004 gab es bereits zahlreiche Beweise – sei es von der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) oder von der [Iraq Survey Group](#) (ISG) der CIA – dass der Irak überhaupt kein Massenvernichtungswaffenprogramm besaß.

Selten zuvor waren Desinformationskampagnen – das, was man heute gemeinhin als Fake News bezeichnet – so akribisch durchgeführt worden. Das Narrativ „mit uns oder gegen uns“ hatte sich fest etabliert: Westliche Denkfabriken setzten sich mit aller Kraft für einen Regimewechsel und

„Demokratie“ (kein erklärtes Ziel der von den USA angeführten Invasion) im Irak ein, während diejenigen, die dagegen waren, als israelfeindlich oder antiamerikanisch abgestempelt wurden.

Trotz beispielloser, massiver öffentlicher Proteste in allen westlichen Hauptstädten gegen den Irak-Krieg hatten die USA und ihre Verbündeten bereits ihre beträchtliche Kriegsmaschinerie in Gang gesetzt, angeführt von Persönlichkeiten wie dem britischen Premierminister Tony Blair und dem spanischen Premierminister José Maria Aznar.

Ein falsches Narrativ, das Bagdad [mit den Anschlägen vom 11. September](#) in Verbindung bringt, hatte sich bereits etabliert, obwohl es keinerlei Verbindung zwischen der Regierung des irakischen Präsidenten Saddam Hussein und den Attentätern gab. Es sei darauf hingewiesen, dass sich unter den Terroristen, die die Flugzeuge vom 11. September 2001 steuerten, keine irakischen oder afghanischen Staatsbürger befanden, sondern überwiegend saudische Staatsangehörige.

### **Unerledigte Angelegenheiten**

Im Herbst 2001 wurden in Washington bereits Kriegsszenarien für eine Invasion im Irak und einen Regimewechsel entworfen. Der Dekan der Johns Hopkins University, Paul Wolfowitz – ein eifriger Befürworter des Regimewechsels und der militärischen Expansion der USA im Irak – wurde im Februar 2001, ganze sieben Monate vor den Anschlägen vom 11. September, zum stellvertretenden Verteidigungsminister ernannt. Wolfowitz' Arbeitshypothese war, dass der Irak mit der Liberalisierung seiner Ölindustrie in der Lage sein würde, den Wiederaufbau nach dem Krieg aus seinen eigenen Erdölexporten zu finanzieren.

Die Gruppe um Vizepräsident Dick Cheney, zu der auch Wolfowitz und Verteidigungsminister Donald Rumsfeld gehörten, hatte großen Einfluss auf die Position von Präsident George W. Bush zum Irak. Im Gegensatz zu seinem Vater George H. Bush, der ein erfahrener CIA-Direktor und Analytiker war, fehlte dem jüngeren Bush eine ausgeprägte persönliche Weltanschauung in der Außenpolitik, die er an seine Falken-Clique abtrat.

Nichtsdestotrotz war er entschlossen, das zu Ende zu bringen, was er als die „unerledigten Aufgaben“ seines Vaters aus dem Golfkrieg von 1991 ansah, der darauf abzielte, die irakischen Streitkräfte aus Kuwait zu vertreiben. Dieser Konflikt wurde auf der Grundlage einer Resolution des UN-Sicherheitsrats ausgetragen, die zwar rechtliche Maßnahmen gegen den Irak als Staat zuließ, aber keinen Krieg im Sinne des Völkerrechts darstellte.

1991 [unterstützte](#) nur der jordanische König Hussein Saddam Hussein, alle anderen Nationen unterstützten den Angriff der Koalition auf Bagdad. Die US-Regierung hielt sich an die UN-Resolution, die darauf abzielte, die territoriale Integrität Kuwaits wiederherzustellen, nicht aber, die irakische Regierung zu stürzen.

Stattdessen unterstützten die USA die irakischen Kurden im Norden des Landes und ermutigten sie zum Aufstand gegen Bagdad. Die irakische Armee schlug diese Rebellion ebenso nieder wie einen Aufstand im schiitisch dominierten Süden. Vielleicht hatten die Rebellen auf konkretere militärische Hilfe aus den USA gehofft, aber wie dem auch sei, Hussein blieb trotz der militärischen Niederlage anderswo fest an der Macht.

Aus der Sicht Washingtons war es den USA nicht gelungen, Hussein zu stürzen, und innerhalb der Familie Bush wollte man [eine Rechnung begleichen](#). Für George W. Bush bot der Einmarsch in den

Irak die Gelegenheit, aus dem Schatten seines mächtigen Vaters hervorzutreten und das schwer fassbare Ziel eines Regimewechsels zu erreichen. Die Anschläge vom 11. September lieferten eine Rechtfertigung für diese Besessenheit – was blieb, war, den Irak mit den Terroranschlägen in den USA in Verbindung zu bringen und die öffentliche und politische Unterstützung für einen Krieg zu mobilisieren, sowohl im Inland als auch international.

### **Aufbruch im UN-Sicherheitsrat**

Im Vorfeld der Irak-Invasion herrschte große Uneinigkeit unter den Mitgliedern des UN-Sicherheitsrats (UNSC). US-Außenminister Colin Powell legte [fragwürdige Beweise](#) für den Besitz von Massenvernichtungswaffen durch den Irak vor, während die Außenminister Deutschlands und Frankreichs sich öffentlich gegen die Aggression aussprachen, wofür sie im Rat gelegentlich Beifall erhielten.

[China and Russia](#), die sich vehement gegen den Krieg gewehrt hatten, begannen ihre Entscheidungen und Reaktionen zu koordinieren, zum Teil aufgrund ihrer jeweiligen Ölinteressen im Irak. Diese Zusammenarbeit zwischen Moskau und Peking schuf die Voraussetzungen für ein koordiniertes multilaterales Vorgehen der beiden Nationen. Beide Regierungen waren sich darüber im Klaren, dass ein Krieg die Büchse der Pandora öffnen, zum Zusammenbruch der irakischen Institutionen führen und eine weit verbreitete regionale Disharmonie zur Folge haben würde.

Leider ist genau das passiert. In den folgenden Jahren kam es zu wöchentlichen Anschlägen, zur Ausbreitung salafistischer Terrorgruppen wie Al-Qaida, zum Aufstieg von ISIS im Jahr 2014 und zu ständigen internen Konflikten im Irak. Jeder, der die Verhältnisse im Lande kennt, wusste um die drohende Katastrophe, als am 20. März 2003 die illegale Invasion im Irak begann.

### **China und Russland und die multipolare Ordnung**

Auf den Tag genau vor zwanzig Jahren wird der chinesische Präsident Xi Jinping zu einem [drei-tägigen Staatsbesuch](#) nach Moskau reisen. Dabei wird es nicht nur um die bilateralen Beziehungen im Energiebereich gehen, die seit 2004 eine ständige Priorität darstellen.

Wie bereits in ihrer gemeinsamen Erklärung in Peking im Februar 2022 erklärt, wollen der russische Präsident Wladimir Putin und sein chinesischer Amtskollege ihre Außenpolitik koordinieren und gemeinsam vorantreiben. Bei ihren Gesprächen könnte auch das Ukraine-Dossier zur Sprache kommen, auch wenn die Erwartungen der westlichen Medien möglicherweise überschätzt werden.

Es mag reiner Zufall sein, dass das Treffen mit dem 20. Jahrestag der Irak-Invasion zusammenfällt. Es zeigt aber auch, wie sehr sich die Strategien Russlands und Chinas in den letzten zwei Jahrzehnten miteinander verflochten haben.

Heute kommt die „Orientierung zunehmend aus dem Orient“. Kooperative geostrategische Führung und solide Alternativvorschläge zur Lösung globaler Konflikte werden in Peking und Moskau ausgearbeitet – denn die alten Machtzentren können nichts Neues bieten.

Zwanzig Jahre nach der US-Invasion im Irak, einem gescheiterten „Krieg gegen den Terror“, der Ausbreitung des Extremismus, Millionen von Toten und Vertriebenen in Westasien und nicht enden wollenden Konflikten haben sich China und Russland endlich zusammengetan, um ihre Weltsicht systematisch voranzutreiben, diesmal mit mehr Entschlossenheit und globaler Schlagkraft.

Der Irak-Krieg, so katastrophal er auch war, beendete die Praxis direkter US-Militärinvasionen und leitete eine kriegsmüde Ära ein, in der verzweifelt nach anderen Lösungen gesucht wurde. Die globale Meinungsverschiedenheit, die 2003 in der Irak-Frage begann, wird 20 Jahre später von den aufstrebenden multipolaren Mächten, die Kriege für immer verhindern wollen, institutionalisiert.